

II-997 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 510/J

1984 -02- 2 3

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Kohlmaier  
und Genossen

an den Bundeskanzler

betreffend einseitige parteipolitische Ausrichtung der amtlichen  
"Wiener Zeitung"

Aufmerksame Leser der amtlichen "Wiener Zeitung" stellen in den vergangenen Jahren eine immer stärker werdende parteipolitische Ausrichtung dieser Zeitung fest. Es werden in verschiedenen Kommentaren und Meinungsäußerungen von Redakteuren immer wieder nur die Ansichten der SPÖ vertreten und sogar einseitige parteipolitische Propaganda betrieben. Seit der Bestellung des neuen Chefredakteurs Heinz Fahnler wird diese einseitige parteipolitische Ausrichtung zugunsten der SPÖ immer augenscheinlicher. Nunmehr zeigt sich diese Tendenz der "Wiener Zeitung" nicht nur in Kommentaren, sondern auch in der Berichterstattung selbst, die unter dem Gebot der Objektivität steht. Ein schlagendes Beispiel für diese Polemik im Nachrichtenteil stellt ein Artikel in der "Wiener Zeitung" vom 3.2.1984 dar, wo unter der Überschrift: "Pensionsrecht des öffentlichen Dienstes bleibt eigenständig" die Berichterstattung mit folgendem Satz beginnt: "In der derzeit in der Öffentlichkeit laufenden Diskussion über eine Pensionsreform wird von seiten des ÖAAB versucht, auch im öffentlichen Dienst Verunsicherung hervorzurufen."

Eine derartige Wertung des Standpunktes des ÖAAB, der sich gegen die Einführung von Ruhensbestimmungen im öffentlichen Dienst ausspricht, im Nachrichtenteil des Organs der Republik Österreich, das zu besonderer Objektivität verpflichtet ist, stellt einen einzigartigen Skandal dar.

-2-

Auch die weitere Formulierung des oben zitierten Artikels in der "Wiener Zeitung" vom 3.2.1984 verstößt am laufenden Band gegen dieses Gebot der Objektivität.

Die ÖVP hat sich gegen diese festzustellende Entwicklung der amtlichen "Wiener Zeitung" in Richtung eines Parteiorgans der Sozialistischen Partei Österreichs ausgesprochen und bereits eine Reihe von Anfragen, so u.a. am 24.11.1981 in schriftlicher Form und am 21.1.1982 in der mündlichen Fragestunde des Nationalrates an den Bundeskanzler gestellt. Leider ist bisher in dieser Hinsicht keine Besserung bei der "Wiener Zeitung" eingetreten, sondern es weisen im Gegenteil nunmehr nicht nur namentlich gezeichnete Kommentare, sondern auch der Nachrichtenteil des Blattes parteipolitisch einseitig wertende Formulierungen auf.

Angesichts dieser Entwicklung stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundeskanzler folgende

A n f r a g e :

Wann werden Sie endlich Maßnahmen setzen, um eine objektive Berichterstattung der amtlichen "Wiener Zeitung" zu gewährleisten?